



Donald Trump denkt weiter laut über Grönland nach – und diesmal sorgt er nicht nur für Kopfschütteln, sondern für handfeste diplomatische Verstimmungen. Nach einer hochrangigen Begegnung in Washington wirft der dänische Außenminister dem US-Präsidenten offen vor, er habe den „Wunsch, Grönland zu erobern“. Was auf den ersten Blick wie eine Provokation wirkt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als geopolitisch hochbrisante Entwicklung – mit Folgen für Europa, die NATO und die internationale Ordnung in der Arktis.

Die Rückkehr eines alten Plans

Donald Trumps Interesse an Grönland ist nicht neu. Bereits 2019, während seiner ersten Amtszeit, äußerte er den Wunsch, das autonome dänische Überseegebiet zu kaufen – eine Idee, die damals weithin als abwegig belächelt wurde. Doch nun greift Trump dieses Thema erneut auf. Über sein Netzwerk Truth Social ließ er verlauten, die USA „brauchten Grönland aus Gründen der nationalen Sicherheit“.

In Washington wurde die Botschaft verstanden. Bei einem Treffen am 14. Januar zwischen einer Delegation aus Dänemark und Grönland sowie Vertretern der US-Regierung wurde deutlich: Die Spannungen sind real, der Dissens fundamental. Zwar nahm Trump selbst nicht an der Begegnung teil, doch seine Wortwahl prägte die Gespräche im Vorfeld.

Dänemarks scharfe Reaktion

Für den dänischen Außenminister Lars Løkke Rasmussen ist klar: Die Vereinigten Staaten verfolgen unter Trump erneut das Ziel, ihren Einfluss über das arktische Territorium massiv auszuweiten – möglicherweise sogar in Form einer De-facto-Aneignung. Rasmussen sprach von einem „grundsätzlichen Dissens“ zwischen Kopenhagen und Washington. Der Wunsch der USA, sich Grönland einzuverleiben, sei „absolut unnötig“, erklärte er, und verwies zugleich auf die Bedeutung einer „respektvollen Zusammenarbeit“.

Diese Aussagen sind ungewöhnlich deutlich – und spiegeln die zunehmende Nervosität auf Seiten der europäischen Partner wider. Denn Grönland, obwohl geografisch abgeschieden, ist längst zum Schauplatz globaler Machtinteressen geworden.

Militärische Aufrüstung in der Arktis

Die dänische Regierung reagierte umgehend: Noch am selben Tag kündigte sie eine verstärkte militärische Präsenz auf der Insel an. Gleichzeitig erklärten auch Schweden, Norwegen, Deutschland und Frankreich, sich an einer europäischen Militärmission in Grönland zu beteiligen. Ziel ist es, ein Signal der Entschlossenheit zu senden – und einer möglichen einseitigen Einflussnahme durch die USA vorzubeugen.



Die Maßnahmen markieren eine neue Phase der europäischen Arktispolitik. Bislang hatte die EU kaum sicherheitspolitische Präsenz in der Region gezeigt. Das ändert sich nun, nicht zuletzt aufgrund der strategischen Bedeutung Grönlands: Die Insel liegt auf den neuen arktischen Schifffahrtsrouten, verfügt über seltene Erden und könnte künftig als Vorposten im globalen Wettbewerb mit Russland und China fungieren.

Das Selbstverständnis Grönlands

In der Debatte um die Zukunft Grönlands wird häufig übersehen, dass das Gebiet über eine weitreichende Autonomie verfügt – und seine eigene Regierung zunehmend eigene Interessen artikuliert. Auch sie war bei den Gesprächen in Washington vertreten und bekräftigte anschließend ihr Recht auf Selbstbestimmung. Die Botschaft aus Nuuk war unmissverständlich: Über die Zukunft Grönlands entscheiden die Grönländer – und niemand sonst.

Diese Position bringt Dänemark in eine schwierige Lage. Als formell zuständiger Staat muss Kopenhagen sowohl die Souveränität Grönlands achten als auch internationale Ambitionen abwehren. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich das kleine Königreich außenpolitisch auf seine europäischen Partner verlassen kann – ein Signal auch an Washington.

Ein geopolitischer Testfall

Der Konflikt um Grönland ist mehr als eine Anekdote über Donald Trumps außenpolitische Obsessionen. Er ist ein Testfall für die Widerstandsfähigkeit westlicher Allianzen, die Bedeutung territorialer Integrität und die Spielregeln geopolitischer Einflussnahme im 21. Jahrhundert. Die Eskalation zeigt, wie dünn die diplomatische Eisdecke im Norden geworden ist – und wie schnell vermeintliche Randzonen ins Zentrum der Weltpolitik rücken können.

Autor: Andreas M. Brucker